

Unter der Lupe, eine politische Nachrichtenauslese vom August 2008

Von Marie Ringel

„Knüppel aus dem Sack“, wenn's um's „Eingemachte“ geht!

Das Eingemachte ist jener Konsens, der dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zugrund liegt und dessen Geist deshalb noch über dem Grundgesetz steht. Das müssen nicht nur Richter verspüren, die man zwangspensioniert, wenn sie nicht das von der Politik gewünschte Urteil in politischen Prozessen sprechen. Es gilt in gleicher Weise für Staatsanwälte – gerade auch in Deutschland, nicht nur in Rußland – , wie die Medien in Deutschland gerne verbreiten. Vielleicht ist es ein „Unfall“, daß die Deutsche Presseagentur uns Anfang August hinter die Kulissen dieser justizialen Gepflogenheiten hat schauen lassen:

Eine [Oberstaatsanwältin](#) in Cottbus hatte bei einem Prozeß gegen Horst Mahler, der bei Antritt einer seiner Gefängnisstrafen den Hitlergruß gezeigt hatte, dem Angeklagten gegenüber eine persönliche Respektsbekundung gezeigt – welche das war, darüber berichtete die dpa nicht. Aber allein das Bezeugen menschlichen Verständnisses war schon zu viel! Der Oberstaatsanwältin wurde von der CDU-Justizministerin Brandenburgs daraufhin die Leitung der Abteilung zur Verfolgung politisch motivierter Straftaten entzogen. Ihr fehlte schlichtweg die Linientreue – wie man das dem DDR-Justizpersonal damals nachsagte.

Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative unseres demokratischen Rechtsstaates scheint in der Praxis nicht so ernst genommen zu werden, wie sie in der Theorie gedacht wurde. Das lernen die braven Deutschen im Sozialkunde-Unterricht an der Schule anders.

Das Schlimme ist allerdings, daß sie auch noch daran glauben, obwohl sie bei genauem Hinsehen den Schwindel erkennen müßten.

Wenn morgen Bundestagswahl wäre

dann hätten Unionsparteien und FDP keine [Regierungsmehrheit](#). Das nachstehende Umfrageergebnis veröffentlichte die FAZ am 20. August auf ihrer Weltnetzseite:

Parteien in der Gunst der Wähler:

Parteien	Wahl 2005	Umfr.Aug.08	Veränderung
CDU	35,2	36,1	0,9
SPD	34,2	26,5	-7,7
Linke	9,8	13,0	3,2
FDP	8,7	11,3	2,6
Grüne	8,1	9,5	1,4
Sonstige	4	3,6	-0,4
CDU+FDP		47,4	
SPD+Grüne+FDP		47,3	

Sogar die vielzitierte Ampelkoalition, die Westerwelle mit der FDP momentan anzustreben scheint, wäre außer Reichweite! Es sei denn, die SPD würde in der Wählergunst wieder aufholen. Mit dem intrigen-inszenierten Austausch ihres

Parteivorsitzenden Kurt Beck im September 2008 scheint sie ja einen Schritt in dieser Richtung vorangekommen zu sein.

Doch wenn der beabsichtigte Meinungsumschwung nicht glückt und der Wahlausgang zu den Blöcken: CDU + FDP = 47,3 Prozent einerseits und SPD + Grüne + FDP = 47,3 Prozent andererseits führte, dann stellte sich die Frage, welche von den beiden möglichen Minderheitsregierungen die „Linke“ eher tolerieren würde? Es wird keinen Menschen in Deutschland geben, der diese Frage nicht eindeutig und auf Anhieb beantworten könnte!

Die sogenannten Volksparteien haben sich in einem stetigen Verfallsprozeß selbst um die Macht gebracht. Die Unionsparteien haben infolge der zunehmenden Unfähigkeit ihres politischen Personals, die Sachprobleme unserer Zeit zu lösen, an Ansehen eingebüßt, sie haben auch ihr ursprüngliches Profil, für den Mittelstand und die konservative Bildungsbürgerschicht einzutreten, preis gegeben. Wer versucht, es allen Recht zu machen, der macht es schließlich keinem Recht.

Aus den gleichen Motiven hat auch die SPD ihre Wähler verloren. Auch sie hat die Mehrheit in der „Mitte der Wähler“ gesucht. Sie hat ihre ursprünglichen sozialdemokratischen Ziele aufgegeben, sie ist von der Arbeiterpartei zur Partei halbgebildeter Mächtigen-Intellektueller mutiert. Seit der Ära Schröder hat sie sich sogar mit dem großen Kapital liiert und dessen Interessen in den Steuer- und Arbeitsmarktgesetzen manifestiert, die von den Medien als vorbildliche Reformen gepriesen werden.

Doch das Wahlvolk ist nicht bereit, den Linienbruch beider Parteien mitzumachen. Mit der Wiedervereinigung und dem Einzug der Linken Partei in Bundestag und die westdeutschen Länderparlamente ist das ewige Wechselspielchen des westdeutschen Parteienkartells zu Ende gegangen. Konkurrenz belebt das Geschäft! Nicht nur in der Wirtschaft. Das Machtmonopol der Altparteien ist gebrochen. Der „Marktzugang“ wird auch anderen Parteien in Zukunft nicht mehr verwehrt werden können. Man mag zur Partei „Die Linke“ stehen wie man will, die Tatsache, daß sie die „Mauer“ der „Monopoldemokratie“ durchbrochen hat, wird Deutschland gut tun!

Der Leistungsfähigere wird im Wettbewerb der Parteien bestehen. Nur wer die Ursachen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit erkannt hat – im Wesentlichen sind das die Globalisierung und die gesellschaftlich- kulturelle Dekadenz – und wer bereit, ist die Mißstände zu ändern, wird bestehen können.

Bildungs- und Ausbildungsdefizite in Deutschland

Seit Anfang der 1960iger Jahre, als die Reformen des Bildungssystems in Westdeutschland begannen, haben die Zyklen von ständigen pädagogischen Neuerungen und Verwerfungen sich ständig beschleunigt. Und im Ergebnis hat sich die Bildungssituation in Deutschland nicht verbessert, sondern verschlechtert!

Der Ruf des deutschen Bildungssystems hat schwer gelitten. Dabei ist es noch nicht lange her, daß Deutschland auf diesem Gebiet einmal Vorbild für alle aufstrebenden Nationen und Kulturen auf dem Erdball war. Wie konnte es zu diesem rapiden Absturz kommen?

Natürlich bräuchte es zur Beantwortung dieser Frage eine gründliche Ursachenanalyse. Sie dürfte sich allerdings nicht nur auf Erkenntnisse ideologisch verbrämter sozialpsychologischer und soziologischer Erkenntnisse beziehen, wie das in den sogenannten wissenschaftlichen Gutachten unter dem Diktat des Zeitgeistes geschieht

Dieser kleine Beitrag nimmt die aktuellen politischen Geschehnisse im Ferienmonat August zum Anlaß, einige Schlaglichter auf die zentralen Problemfelder der Bildungspolitik in Deutschland zu werfen, die in den öffentlichen Diskussionen und Foren systematisch verschwiegen werden.

Wenn in Deutschland über Wege zur [Verbesserung](#) der schulischen Bildung diskutiert wird, sind sich die Spezialisten auf diesem Gebiet in einem Punkt einig: Die Bildungsausgaben müssen erheblich steigen: Mehr Lehrer – weniger Schüler, bessere und damit teurere Lehr- und Lernmittel, Ganztagschulen und ganztägige pädagogische Aufsicht und Betreuung – und schon, so wird uns eingeflößt – wäre die Misere behoben.

Auch die Bundeskanzlerin will mit dem Thema Bildungspolitik für sich und ihre Partei bei den Deutschen punkten. Sie versucht – wie schon in Fragen der Umweltpolitik – mit dem „Lüftchen bildungspolitischer Standard-Forderungen“ ihr in der Wählergunst dahin dümpelndes Schiffelein wieder auf Fahrt zu bringen. Zu diesem Zweck besuchte sie im August eine Reihe sogenannter innovativer Bildungseinrichtungen in Deutschland. Überall zeigte sie bereitwilliges und großes Verständnis für die Notwendigkeit, die Bildungsausgaben in Deutschland maßgeblich zu steigern.

Diese stupide, stetig gleichlautende Forderung, erhoben aus jenen Kreisen, die als Regierungsparteien seit Jahren die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Forderungen selbst erfüllen, sei zum Anlaß genommen, die Ansatzpunkte einer wirklichen Bildungsreform konkret zu benennen. Von diesen Ansatzpunkten aus müßte dann mit einer Ursache-Wirkungsanalyse quer durch alle Wissenschaften über die Mittel nachgedacht werden, die Bildungsnot in Deutschland zu beenden.

Die erste Frage, die gestellt werden müßte heißt:

Wie steht es heute um die Leistungsbereitschaft, den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit des Erziehungs- und Bildungsobjektes – des Schülers und Studenten? Wer oder was hat sie verändert und was muß getan werden, um sie positiv beeinflussen zu können?

Die zweite Frage gilt der Person des Lehrers, der Lehrerpersönlichkeit:

Die um die Gunst der Wählerstimmen buhlenden Politiker fordern einfach mehr Lehrer. Doch es kommt nicht nur auf die Zahl der Lehrer, sondern auch auf die Qualität der Lehrer – die Lehrerpersönlichkeit an. Wer in seiner Schulzeit einen guten Lehrer hatte, weiß das ganz genau! Zusätzlich kommt es natürlich auch auf das Fachwissen an, insbesondere in den höheren Klassen. Es geht um die Frage, ob Lehrer angepaßte Duckmäuser oder vorbildhafte Persönlichkeiten sein sollen! Wie ist es diesbezüglich um die Auswahl und die Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen bestellt? Wer will Lehrer werden, wie wird seine Eignung festgestellt und welche Maßnahmen zur Persönlichkeitsbildung werden getroffen?

Die dritte Frage betrifft die zu vermittelnden Lerninhalte:

In unserer Zeit des permanent sich beschleunigenden technischen Fortschrittes müssen ständig wichtige Lerninhalte in die Lehrpläne neu aufgenommen werden, während andere – zentrale allgemeine Fähigkeiten und Anforderungsprofile (Lesen, Schreiben, Rechnen) nicht vernachlässigt werden dürfen. Bei der Schwerpunktgestaltung der Lehrpläne wurden in der Vergangenheit unglaubliche Fehler gemacht. Die Bildung und Ausbildung in den naturwissenschaftlichen Fächern war in DDR z.B. wesentlich besser als in Westdeutschland.

Die nachweisbare Inkompetenz der politischen Klasse in Deutschland auf dem Gebiet der Bildungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich mehr Schaden

angerichtet – man erinnere sich nur an die Abfolge der Kultusminister in Bayern in den letzten Jahrzehnten, die irgendwann sogar bei der Strauß-Tochter Holmeier kulminierte – als mit einer bloßen Erhöhung der Bildungsausgaben behoben werden kann.

Ein generelles Umdenken wird erforderlich sein. Wo es ansetzen muß, wurde in den drei Eckpunkten genannt. Sach- und Fachkompetenz muß weit vor parteiblinde Ideologie und den Zwängen parteiinterner Ämter- und Postenverteilung angeordnet sein.

Dieses Anliegen als Systemwechsel zu bezeichnen ist durchaus angemessen.

www.hpatzak.de

14.09.2008